

Rede des Bürgermeisters Klaus Saemann zur Verabschiedung des Haushalts 2020 am 20. Februar 2020

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,
verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Schülerinnen und Schüler,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Eingangsbemerkungen bei der Verabschiedung des Haushalts 2019 hatten sich u. a. mit den Sorgen über den Zulauf rechter Ränder beschäftigt. Leider haben sich diese Entwicklungen jüngst auch in Deutschland wiederholt und eine Diskussion über die Grundfesten der Demokratie ausgelöst.

Wir alle sind aufgerufen, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und demokratiefeindliches Gedankengut im Keim zu ersticken.

Daher, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, ist es von immenser Bedeutung, die Bürgerinnen und Bürger nicht mit ewigem parteipolitischen Geplänkel zu behelligen, sondern ihnen zu vermitteln, dass wir die städtischen Aufgaben und Herausforderungen konstruktiv und im Dialog gelöst bekommen.

Und diesen Eindruck dürfte man im vergangenen Jahr nicht immer gehabt haben.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Politischer Dissens oder unterschiedliche Auffassungen zwischen Verwaltung und Politik gehört einfach auch dazu. Aber: Der Austausch unterschiedlicher Auffassungen muss von gegenseitigem Respekt geprägt sein.

Insofern sollte sich jeder von uns bei seinem Handeln auch seiner wichtigen Rolle bewusst sein und dieses an dieser Maxime ausrichten.

Doch nun zum Haushalt 2020: im September 2019 habe ich in Kenntnis der voraussichtlichen Planwerte für das Jahr 2020 die Fraktionen und Einzelkandidaten über die Absicht der Verwaltung unterrichtet, die Beschlussfassung des Haushaltsplans 2020 um zwei Monate zu verschieben.

Diese Zeit war notwendig, um erneut und mit anderen Vorgaben die bisherige Ansatzplanung durchzugehen, zu beraten und neu zu bewerten. Damit einher ging auch eine Haushaltssperre, deren Sinn und Zweck in der Öffentlichkeit teilweise nicht richtig wahrgenommen wurde.

Ich will an dieser Stelle aber auch selbstkritisch sein: Wir hätten die Bürgerinnen und Bürger vielleicht mehr mitnehmen müssen

und – die nicht immer einfachen Verwaltungsabläufe und -begriffe – auch verständlicher erklären sollen.

Deshalb noch einmal: Die Stadt befindet sich insgesamt in einer schwierigen finanziellen Situation, ist aber „nicht pleite“, wie ich in vielen Gespräche gefragt wurde. Die Haushaltssperre war – und das habe ich von Anfang an auch so deutlich kommuniziert – flankierendes Instrument für die einsetzende Diskussion zur Haushaltssicherung mit diesem Haushalt.

Die Haushaltssperre war aber auch von Anfang an so konzipiert, Einzelfallentscheidungen für Investitionen treffen zu können. Es galt und gilt auch weiterhin, Peine als attraktives Mittelzentrum zu positionieren und attraktiv zu halten. Und dazu gehört es auch, Entscheidungen mit finanziellen Belastungen zu treffen.

Und deswegen, liebe Opposition, finde ich es nicht zielführend, z. B. eine gemeinsam für richtig empfundene Wohnbauentwicklung einer Ortschaft in den örtlichen Tageszeitungen süffisant zu kommentieren mit: „Natürlich nicht ganz so eng (gemeint ist die Haushaltssperre) wie verkündet, denn schnell wird noch über Bauland diskutiert.“

Ich habe von Anfang an deutlich gemacht, dass jedes Projekt auf den Prüfstand kommt. Und daran haben wir uns auch gehalten. Investitionsentscheidungen sind unter Berücksichtigung des Für

und Wider abgewogen worden und in einen Verwaltungsvorschlag gemündet.

Dem muss man selbstverständlich nicht folgen, zur Wahrheit gehört aber auch, Sachverhalte vollständig in die Öffentlichkeit zu tragen.

Dennoch: Das abgestufte Vorgehen, zunächst einen mit allen Fraktionen und Einzelkandidaten besetzten Arbeitskreis Haushalt kurzfristig einzusetzen und sich mit den Fragen der Haushaltskonsolidierung – über die Fraktionsgrenzen hinaus – zu beschäftigen, war richtig.

In vier sehr konstruktiven Sitzungen konnten eine Vielzahl von Ideen und Meinungen reflektiert, verfeinert und diskutiert werden.

Ich darf mich an dieser Stelle bei Frau Krause und Frau Mickuteit sowie ihrem gesamten Team bedanken, die die zeitlichen Verschiebungen und zusätzlichen Aufgaben zur Vorbereitung des Arbeitskreises Haushalt bravourös gemeistert haben und rechtzeitig aussage- und diskussionsfähige Beratungsunterlagen geliefert haben.

Das Ergebnis hat dann – wir werden nachher darüber abstimmen – in die Vorlage 457/2016 – Eingang gefunden. Soweit, so gut.

Dass das Ergebnis dann von einem Teil der Fraktionen abgelehnt wurde – in Teilen ohne Begründung –, kann ich nur bedingt nachvollziehen und hätte mir in den vorherigen Ausschussberatungen zumindest eine ernst zu nehmende Diskussion gewünscht.

Lediglich der Hinweis auf die heutige finale Beratung im Rat ist nach meinem Verständnis dann doch – entschuldigen Sie die etwas flapsige Bemerkung – etwas dünn.

Deshalb bin ich schon ganz gespannt auf Ihre heutigen inhaltlichen Vorschläge und Stellungnahmen. Lassen Sie uns teil daran haben – und gern anschließend diskutieren. Das ist mein Verständnis von politischer Meinungsbildung. Das war schon immer so und daran wird sich auch nichts ändern.

Konstruktive Politik ist immer auch ein Ausdruck von guten Kompromissen – insbesondere in schwierigen Zeiten, in denen neben dem fachlichen Austausch die finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind.

Bevor ich einige grundsätzliche Themen anspreche, danke ich zunächst allen Ratskolleginnen und -kollegen für die bisherige Beratung des städtischen Zahlenwerks.

Habe ich im vergangenen Jahr noch vorsichtige Kritik an der Vorschlagsfreudigkeit der Ortsräte geäußert, bedanke ich mich in diesem Jahr ausdrücklich für das sehr verantwortungsbewusste Vorgehen bei den Haushaltsberatungen in den Ortsräten.

Inhaltlich, meine Damen und Herren, hatte ich nach den Fachausschusssitzungen den Eindruck, dass die im vorgelegten Entwurf eingestellten Maßnahmen wenig Ansatzpunkte für einen Dissens lieferten.

Nicht ein einziger Änderungsantrag wurde in den bisherigen Ausschussberatungen durch die Politik formuliert, der mich eigentlich zu dem Schluss kommen lassen muss, dass breite Zustimmung zu erwarten ist. Aber: Weit gefehlt. In den Ausschüssen wurde der Haushaltsentwurf von Teilen des Rates abgelehnt. Begründung: Fehlanzeige.

Auch auf Nachfrage erhielt ich stattdessen nur häufig den Hinweis auf die Begründung in der heutigen Ratssitzung. Ich bin gespannt.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Bewertung: Ich hätte mir gewünscht, mich im bisherigen Diskussionsprozess mit Ihren Vorschlägen auseinandersetzen zu können. Ihrer Ankündigung, Sie wollen den Konsolidierungsprozess

konstruktiv begleiten, haben Sie – bisher – keine Taten folgen lassen.

Durch Ihre Haltung haben Sie bis zum heutigen Tage eine politische Diskussion verhindert und stattdessen nur erklärt, dass für Sie „einfaches Abwälzen nicht in Frage kommt; vom Bürgermeister müsste schon mehr kommen.“

Ich stelle fest: Ich habe Ihnen Vorschläge vorgelegt; Sie waren bisher zu einer inhaltlichen Diskussion – auch über mögliche Kompromisse – nicht bereit.

Dennoch: Für mich ist das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept auch nur ein erster Schritt. Ich habe daher die Hoffnung, mit allen Fraktionen und Einzelkandidaten im Dialog gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, zu gestalten und auch in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

der städtische Haushalt ist geprägt von vielen Einflüssen – das wissen wir alle – mit denen sich die Stadt auseinandersetzen muss. Wir haben da keine Wahl.

Ich möchte an dieser Stelle gar nicht die Diskussion führen, ob wir ein Einnahme- oder Ausgabenproblem haben, Ihnen dazu lediglich den Hinweis geben, dass wir aufgrund unserer unterdurchschnittlichen Steuereinnahmekraft bei Investitionsförderungen die erhöhten Förderquoten für finanzschwache Kommunen erhalten.

Ich denke, das sollte die Situation deutlich genug beschreiben und auch die Frage angemessen beantworten.

Lassen Sie mich stattdessen auf die Inhalte des vorgelegten Haushaltsentwurfs eingehen, der im Kern trotz der nicht einfachen Rahmenbedingungen wichtige Themen anpackt.

Mir ist bewusst, dass Ihnen die Verwaltung auch für die nächsten Jahre eine Vielzahl von Projekten mit erheblicher finanzieller Bedeutung vorschlägt. Ich schlage Ihnen diese Projekte aber bewusst vor.

Bewusst deshalb, weil während der internen Beratungen eine Vielzahl von möglichen anderen Investitionen, alle sicherlich sinnvoll, dem dezidierten Prüfdiktat des Verwaltungsvorstands zum Opfer gefallen sind.

Die Ihnen mit diesem Haushalt vorgeschlagenen Maßnahmen sind nach unserer Auffassung nötig, Peine auch weiterhin für Bürgerinnen und Bürger und solche, die es werden sollen, aber auch für Betriebe, attraktiv zu halten.

Ein Spagat, der gerade unter den finanziellen Rahmenbedingungen gut überlegt sein muss. Und ich bin davon überzeugt, dass er es auch ist.

In diesem Zusammenhang darf ich einen Vorschlag der CDU-Fraktion zur Haushaltssicherung aufgreifen, der sich mit einem „Investitionskorridor“ beschäftigt. Dem Grunde nach ein interessanter Ansatz. Würde dem Vorschlag jedoch gefolgt, soll im Haushalt für alle Investitionen jedes Jahr max. eine Summe in Höhe von 100 bis 120% der Abschreibungen vorgesehen werden.

Der städtische Haushalt sieht zz. rd. 5,5 Mio. € Abschreibungen vor. Bei einer Quote von 120% wären dies rd. 6,6 Mio. € Haushaltsmittel für Investitionen.

Sehen wir auf der anderen Seite den zwingenden Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur wie Straßen, Kita, Schulen, Brücken etc. wird schnell deutlich, dass man mit dieser Vorgabe kaum klarkommen würde.

Ich tue mich daher schwer, mich zwischen einer notwendigen Investition in eine Straße oder eine Kita entscheiden zu müssen.

Entscheidendes Kriterium kann

m. E. nur die zwingende Notwendigkeit einer Investition sein. So beschreibt es auch die Stellungnahme der Verwaltung.

Im Übrigen: In dieser Frage gibt es kein „Schwarz oder Weiß“, sondern viele Grautöne. Insofern sollte dieser Vorschlag inhaltlich weiter diskutiert und weiterentwickelt werden. Die Verwaltung steht hierzu gern zur Verfügung.

Einige Schwerpunkte dieses Haushalts:

Schulentwicklung: Der Grundschulstandort Essinghausen wird voraussichtlich zum Schuljahr 2022/2023 ein neues, in die Zukunft gerichtetes Schulgebäude, sein Eigen nennen dürfen.

Die Stadt wird bis 2022 rd. 6,5 Mio. € in diese zukunftsorientierte Bildungsstätte investieren.

Innerhalb kürzester Zeit haben sich alle beteiligten Akteure – Schulleitung, Eltern, Ortsrat und Verwaltung – zusammengerauft und auch den ersten großen Schritt, den Umzug der Schule nach Stederdorf, gemeistert.

Insbesondere den Abteilungsleiterinnen Frau Schlue und Frau Wiegand und ihren Teams sowie dem Schulleiter gilt mein besonderer Dank für die Bewältigung dieser Mammutaufgabe.

Auch wenn es Sie möglicherweise wundert, möchte ich dennoch kurz die Schulentwicklung in Peine Süd-Ost erwähnen. Nachdem nun beide Schulstandorte – Dungalbeck und der Schulverbund Schmedenstedt / Woltorf – Anträge für den Ganztagsbetrieb zum nächstmöglichen Zeitpunkt gestellt haben, hat die Verwaltung die Beratung der erstellten Vorlage ausgesetzt.

Die vorgelegten Anträge bedürfen zunächst der dezidierten Überprüfung, versehen mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen. Ich gehe davon aus, dass wir im Laufe des Jahres erste Zwischenergebnisse vorgelegt bekommen und politisch zu diskutieren haben. In diesem Zusammenhang wird dann auch die Schulentwicklung insgesamt in diesem Bereich wieder zu beraten sein.

Unabhängig von den erwähnten Baumaßnahmen wird die Stadt auch in 2020, ebenso in den Folgejahren, viel Geld in die Hand nehmen, um die in städtischer Trägerschaft stehenden Schulen im Bereich der technischen Ausstattung zu profilieren.

Investitionen aus dem DigitalPakt sollen auch mit Hilfe zweier zusätzlicher Administratoren im Bereich Schul-IT zügig umgesetzt werden. Aber auch hier gilt: Investitionen mit Augenmaß und an den Bedürfnissen der Schulen orientiert.

Verkehrsinfrastruktur: Die Vorzüge der Stadt als Logistikstandort sind hinlänglich bekannt und bedürfen hier nicht der Wiederholung.

Im Kontext der Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Integrierter Verkehrsentwicklungsplan“, die sich zz. vielschichtig mit Fragestellungen rund um die Themen „Verkehr“ und „Mobilität“ beschäftigt, enthält der Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf auch eine Vielzahl von Maßnahmen im Bereich Verkehrsinfrastruktur.

Neben der „Ostrandstraße“, die in diesem Jahr mit einem Kostenvolumen von insgesamt rd. 1,3 Mio. € vom Nordkopf der „Stahlwerkbrücke“ bis zum „Ascherslebener Kreisel“ grundsaniert wird, berücksichtigt der Haushaltsplan u.a. auch finanzielle Mittel für den Abbruch und einen Ersatzneubau der Hertha-Peters-Brücke.

Dieser Ansatz steht jedoch noch unter dem Vorbehalt der politischen Meinungsbildung.

Ich gehe davon aus, dass diese im März abgeschlossen sein wird und anschließend auch Klarheit für dieses Großprojekt besteht. Die teilweise unsachliche Diskussion über die Anzahl von Gutachten sollte dann auch der Vergangenheit angehören.

Neben den investiven Maßnahmen wird die Stadt in den nächsten Jahren auch deutlich mehr Geld in die Hand nehmen

(müssen), um dem ständig steigenden Unterhaltungsaufwand in Straßen gerecht werden zu können.

Die Verwaltung empfiehlt, hierfür jährlich 2,5 Mio. € vorzusehen. Ich darf meinem allgemeinen Vertreter, Herrn Tarrey, und seinem gesamten Hoch- und Tiefbauteam für die kompetente Vorbereitung sämtlicher und teilweise äußerst komplexer Investitionen danken.

Kindertagesstätten: Ich spreche ein Thema an, welches gerade in den vergangenen Wochen und Monaten regelmäßig auch in der Öffentlichkeit seinen Niederschlag gefunden hat.

In der Öffentlichkeit auch deswegen, weil mein Amt Bildung / Kultur entsprechend des politischen Beschlusses, regelmäßig und vollumfänglich im zuständigen Fachausschuss über den aktuellen Stand berichtet hat.

Ich stelle fest, dass die Information im Ausschuss für Jugend, Senioren, Kultur und Soziales im Januar dieses Jahres fraktionsübergreifend große Zustimmung und Anerkennung gefunden hat.

Insofern ist es für mich umso unverständlicher, wenn der Fraktionsvorsitzende der zweitgrößten Fraktion im Stadtrat das Bemühen und die bereits konkreten Vorarbeiten aus dem

Maßnahmenkatalog mit einem „Offenbarungseid der Verwaltung“ gleichsetzt.

Ich hatte im letzten Jahr die Hoffnung geäußert, dass der Arbeit des politischen Mitbewerbers mehr Respekt und Sachlichkeit entgegengebracht wird. Auch wenn ich in diesen Apell nicht ausdrücklich die Verwaltung einbezogen hatte, so galt dies natürlich auch für die Verwaltung.

Insofern hätte ich mir an dieser Stelle etwas mehr Fairness gewünscht.

Doch zurück zur Sache: Fakt ist, und darüber gibt es auch keine zwei Meinungen, dass im Stadtgebiet in nicht unerheblicher Anzahl Betreuungsplätze fehlen. Und daran arbeiten wir, dieses Defizit zu reduzieren.

Erweiterungen eigener Einrichtungen, wie in diesem Jahr in Duttonstedt, Dungenbeck und Telgte geplant, oder Projekte dritter Träger oder Investoren werden von uns begleitet und zielorientiert vorangebracht.

Das eigens dafür eingerichtete Projektmanagement dürfte deutlich machen, welche Priorität das Thema z.z. auf meiner Agenda genießt. Frau Krüger als Projektleiterin und Herrn Kühn gilt hier mein besonderer Dank.

Verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

diese Themen sind nur ein kleiner Auszug aus dem millionenschweren Haushaltsentwurf, machen aber durchaus deutlich, dass die Verwaltung den vielbeschriebenen „roten Faden“ nie aus den Augen ihres Handelns verloren hat.

Vielmehr sehen Sie, die Verwaltung hat mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht nur „Flagge“ gezeigt, sondern im Rahmen der schwierigen Gesamtumstände wichtige Pflöcke eingeschlagen.

Natürlich kann man über diese Vorschläge diskutieren. Das ist mir bewusst. Aber bitte: Dann tun Sie das auch, liebe Opposition. Daher mein Fazit:

Dieser Haushalt schließt sicherlich nicht mit einem Ergebnis, welches man sich als Bürgermeister wünscht. Aber: Er ist gleichwohl ein Haushalt, der den finanziellen Spagat zwischen Wünschenswertem und Machbarem vorbildlich vollzieht.

Er zeigt auf, dass man auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen weiterhin handlungsfähig sein kann, zum anderen Voraussetzungen schafft, um maßvoll geeignete Maßnahmen zur Haushaltssicherung einzuleiten.

Ich will aber auch nicht verhehlen:

Es bedarf weiterer Anstrengungen und einer kontinuierlichen Fortsetzung der Bemühungen zur Haushaltssicherung, um dem Ziel einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung gerecht werden zu können.

Ohne jetzt meine Worte aus dem Vorjahr zu wiederholen: Wir müssen weiterhin alles dafür tun – und zwar gemeinsam und parteiübergreifend –, die Repräsentanten auf Landes- und Bundesebene für eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen zu gewinnen.

Die Aufgaben, die die Kommunen allein im Bereich der frühkindlichen Bildung für die Gesamtgesellschaft erbringen, verdienen deutlich mehr finanziellen Ausgleich als bisher.

Sollten der Bund oder das Land nicht kurzfristig diese Misere deutlich in Richtung Kommunen verbessern, wird die Stadt Peine noch mehr als bisher in dem verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsauftrag beschränkt werden. Ist das tatsächlich gewollt? Was das im Ergebnis bedeuten würde, wissen wir alle.

Natürlich möchte ich nicht verschweigen, dass uns nicht nur die überaus mäßige finanzielle Beteiligung von Bund und Land an gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu schaffen macht. Auch die erheblich beeinträchtigende Kreisumlage wiegt schwer.

Lassen Sie mich das anhand einer Zahl verdeutlichen: Rd. 50 Mio. € muss die Stadt für die Finanzierung des Defizits im Kita-Bereich und für die Kreisumlage aufbringen.

Die Begründung des Landrates, der Landkreis erbringe für Bürgerinnen und Bürger mehr finanzielle Leistungen, als durch die Kreisumlage erhoben, überzeugt mich nicht.

Daher ist es nicht nur vertretbar, sondern als verantwortungsbewusst handelnde Entscheidungsträger auch unsere Pflicht, dieses Ungleichgewicht mit den Vertretern des Landkreises zu verhandeln. Im Moment nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Um es deutlich zu sagen: Es ist nicht Ziel, die Kitas an den Landkreis abzugeben, sondern die finanziellen Rahmenbedingungen für den Bereich der frühkindlichen Bildung deutlich zu verbessern. Ich verstehe es als meine Pflicht, an dieser Stelle den Finger in die Wunde zu legen und dem Rat nach Abschluss der Verhandlungen Vorschläge vorzulegen.

Es ist meiner Einschätzung nach einfach nicht seriös, sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Abgabe der Kitas auszusprechen und damit in der Öffentlichkeit zu suggerieren, der Bürgermeister verfolge als oberstes Ziel die Abgabe der städtischen Kindertagesstätten.

Solch eine Entscheidung kann man erst – wenn man verantwortungsbewusst handelt – nach Kenntnis der gesamten Rahmenbedingungen treffen. Und dazu gehört auch das Verhandlungsergebnis.

Mir ist aber auch bewusst, dass das Ziel einer nachhaltigen Haushaltssicherung mittelfristig nicht ohne Einschränkungen – auch für die Bürgerinnen und Bürger – erreicht werden kann. Umso wichtiger ist es nach meinem Verständnis, gemeinsam und überparteilich die richtigen Schritte einzuleiten.

Dazu gehört auch, den politischen Mitbewerber oder auch die Verwaltung anzuhören, Vertrauen in den Diskussionspartner zu entwickeln und offen zu sein für gute Kompromisse, für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Stadt Peine.

Ich bin als Bürgermeister bereit, mit Ihnen gemeinsam diesen Weg zu gehen.

Doch eins sollte auch klar sein: Ohne eine motivierte und loyale Mannschaft, auf die man sich auch in turbulenten Zeiten verlassen kann, kann man einen so riesigen Kreuzer wie die Stadt Peine nicht auf Dauer auf Kurs halten.

Stellvertretend für alle Beschäftigten meines Hauses danke ich den Vertretern des Gesamtpersonalrates, Dirk Bühnemann, und des örtlichen Personalrates, Wilfried Hofmeister, für den enormen Einsatz und die Unterstützung im vergangenen Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und empfehle dem Rat die Zustimmung zum Haushalt und zu den vorgeschlagenen Maßnahmen der Haushaltssicherung.